

MDL-NEWSLETTER

2/2022

BERND KRÜCKEL MDL
Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL
Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg



Bernd Krückel, NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst, Thomas Schnelle und Wilfried Oellers auf der Bundesversammlung in Berlin

BEDARFSGERECHT

Wohnen für Jung und Alt

Der Landtag hat zwei Initiativen der NRW-Koalition zur Förderung von bedarfsgerechtem Wohnraum für alle Generationen beschlossen: Eine rückt Barrierefreiheit und Altersgerechtigkeit bei der öffentlichen Wohnraumförderung in den Fokus, eine hat die Neuausrichtung und Ausweitung des erfolgreichen Programms „Jung kauft Alt“ zum Ziel. Dazu erklärt unser wohn- und baupolitischer Sprecher Fabian Schruppf:

„Wir möchten, dass die Menschen gerne in NRW wohnen – vor allem aber wollen wir, dass sie selbst entscheiden, wie sie wohnen. Deshalb ist für uns ‚bedarfsgerecht‘ die Zauberformel einer wirksamen Wohnungspolitik. Und: Familien mit ihren Wünschen und Bedürfnissen – auch dem nach einem Eigenheim – stehen für uns im Mittelpunkt.“

Beide Ansätze unterscheiden uns grundlegend von SPD und Grünen. Die Sozialdemokraten versprechen, eine hohe Fantasiezahl an Wohnungen in NRW – irgendwo in NRW – zu bauen. Knapp sind aber nicht irgendwelche Wohnungen irgendwo, sondern bezahlbare Wohnungen mit guter Anbindung rund um die Ballungszentren.

Noch klarer wird der Unterschied bei den Grünen, die im Bund gerade die KfW-Förderung gekippt haben und so ihrem Ziel, Einfamilienhäuser zu verbieten, ein Stück näher gekommen sind. Beim Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen nennt man das ‚sozial unverantwortlich‘.

Wir hingegen haben ein Förderprogramm aufgelegt, das Familien beim Erwerb ihres Eigenheims mit

insgesamt 400 Millionen Euro unterstützt. Unser Programm ‚Jung kauft Alt‘ ist ein erfolgreiches Instrument für generationengerechtes Wohnen, das wir jetzt mit unserer Initiative ausweiten. Wir möchten den Wohnungstausch von 1000 Familien mit 1000 älteren Menschen in zunächst zehn Modellkommunen testen. Gefördert werden etwa Umzugskosten mit 5000 Euro. Mit unserer zweiten Initiative setzen wir insbesondere im öffentlichen Wohnungsbau einen Schwerpunkt bei barrierefreien Um- und Neubauten. Die Menschen in NRW werden immer älter und wollen natürlich selbstbestimmt leben. Dem tragen wir Rechnung.

Auf diesen Säulen steht eine Wohnungspolitik, die bedarfs- und generationengerecht ist – getrieben von den Bedürfnissen der Menschen statt von Ideologie.“ ■



Bernd Krüchel MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de
W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de
W: thomas-schnelle.nrw

Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 13. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf www.thomas-schnelle.nrw unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemalt.

BÜRGER ENTLASTEN

Steuern und Umlagen senken

Auf Antrag von CDU und FDP hat der Landtag Nordrhein-Westfalens in einer aktuellen Sitzung die hohen Belastungen für Unternehmen und Verbraucher durch stark gestiegene Energiepreise diskutiert. Dazu erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Christian Untrieser:

„Die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmer müssen derzeit für Energie tiefer in die Tasche greifen. Vor allem Heizöl und Erdgas kosten deutlich mehr, auch Ben-

zin und Diesel und Strom erhöhten sich merklich. Die Menschen müssen aber trotzdem heizen, sie brauchen trotzdem Strom. Hier muss der Staat deshalb jetzt eingreifen bei seinen eigenen Möglichkeiten: bei Steuern, Abgaben und Umlagen. Nordrhein-Westfalen hat hierzu einen Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebracht.

Die wichtigsten drei Forderungen: Die EEG-Umlage muss vollständig abgeschafft werden. Die neue Bundesregierung muss dies schnell umsetzen. Die Stromsteu-

er muss ebenfalls abgeschafft werden, sie kommt aus einer längst vergangenen Zeit und ist eine anachronistische Regelung. Drittens muss die Mehrwertsteuer auf Energie gesenkt werden, denn durch die hohen Preise nimmt der Staat derzeit geschätzt rund drei Milliarden Euro zusätzlich an Steuern ein.

Dies ist Geld des Verbrauchers, des Bürgers und Steuerzahlers, das wir ihm zurückgeben müssen, da werden wir genau drauf achten.“ ■

DIGITALPOLITIK

für ganz Nordrhein-Westfalen

Im Landtag Nordrhein-Westfalen wurde der Antrag „Smartes Land“ der NRW-Koalition aus CDU und FDP beschlossen. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Thorsten Schick erklärt dazu:

„Unsere ländlichen Räume, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind wichtig und haben großes Potential – mehr als die Hälfte der Menschen leben hier, kleine und mittlere Unternehmen sowie Weltmarktführer produzieren vor Ort. Diese Menschen verdienen es, dass wir als Politik die

Digitalisierung auch außerhalb der urbanen Zentren vorantreiben.

Deshalb haben wir seit Regierungsantritt den Breitbandausbau massiv verstärkt und einen Mobilfunkpakt mit ländlichen Regionen geschlossen, die bis dato nicht angebunden waren. Die NRW-Koalition von CDU und FDP hat eine Vielzahl von Projekten mit digitalen Konzepten in Nordrhein-Westfalen angestoßen und so zu einer Steigerung der Lebensqualität auch außerhalb der Ballungszentren beigetragen. Ob Modellkommunen für die digitale Verwaltung, Gründerstipendien oder digitale

Netzwerke: Wir machen Digitalpolitik für ganz Nordrhein-Westfalen.

Dazu gehört, dass wir mit Hilfe digitaler Konzepte eine intelligente Verkehrssteuerung erreichen. Hochwasser und Autobahnsperren haben gezeigt, dass gerade im ländlichen Bereich durch digitale Systeme Baustellen und bauliche Vorhaben besser koordiniert werden können. Dafür eignen sich beispielsweise Programme wie TIC kommunal und der Mobilitätsdatenmarktplatz, die zum Teil Schnittstellen auch bei Navigationssystemen schaffen.“ ■

15-PUNKTE-PLAN



*Thomas Schnelle zum 15-Punkte-Plan
Katastrophenschutz: "Wir decken
Lücken schonungslos auf und
schließen sie schnell!"*

Innenminister Herbert Reul hat die Ergebnisse des Kompetenzteams Katastrophenschutz vorgestellt, das nach der Jahrhundertflut im Juli 2021 Probleme analysiert und Maßnahmenvorschläge erarbeitet hat. Mit einem 15-Punkte-Plan soll sich Nordrhein-Westfalen für künftige Katastrophen noch besser aufstellen. Dazu erklärt unser Experte für Katastrophenschutz, Thomas Schnelle:

„Der Innenminister hat dem Kompetenzteam mit Expertinnen und

Experten aus unterschiedlichen Bereichen den Auftrag gegeben, Defizite im Katastrophenschutz schonungslos aufzudecken. Und genau das ist passiert:

Wir müssen besser werden bei der Einschätzung und Vorhersage von Naturkatastrophen, bei der Warnung der Bevölkerung und bei der zielgerichteten Bereitstellung von Hilfe. Wir sind dem Kompetenzteam sehr dankbar für die schnelle, gründliche und detaillierte Analyse.

Was uns als NRW-Koalition von CDU und FDP von der Opposition im Landtag deutlich unterscheidet, ist, dass wir den Blick nach vorne richten und den Prozess einer Verbesserung des Katastrophenschutzes aktiv und konstruktiv unterstützen. Schwarze-Peter-Spiele mit Wahlkampfrhetorik verhindern keine Überschwemmung und keinen Waldbrand.

Der 15-Punkte-Plan des Kompetenzteams greift zahlreiche Ideen auf, die wir bereits in den parlamentarischen Prozess eingebracht haben. So haben wir in einem Antrag die Prüfung gefordert, wie der Lokalfunk für zielgerichtete Warnungen vor Ort mit Durchsagen direkt aus der Leitstelle der Feuerwehr eingesetzt werden kann.

In unserer jüngsten Initiative ‚Update für den Katastrophenschutz in NRW‘ haben wir die Bedeutung umfassender Lagebilder in Echtzeit für den Ernstfall betont und eine Überprüfung sowie zentralisierte Verbesserung der Ausstattung für Katastrophenschutz-einheiten angeregt. Dies sind nur Beispiele von Vorschlägen aus dem Parlament, die jetzt umgesetzt werden sollen.

Wir sind es den vielen Opfern der Flutkatastrophe und den Menschen, die Hab und Gut verloren haben, schuldig, diese schrecklichen Ereignisse sowie alle Maßnahmen lückenlos zu analysieren und auf den Prüfstand zu stellen. Und wir sind es allen Menschen in unserem Land schuldig, daraus zu

lernen. So geht verantwortungsvolle Katastrophenschutzpolitik: Sie lernt und handelt im Sinne der Sicherheit unserer Bevölkerung in NRW.“ ■

Niveau der Cybersicherheit erhöhen

Die Widerstandsfähigkeit gegen Cyberkriminalität wird angesichts der Digitalisierung weiter Bereiche der Verwaltung immer wichtiger. Minister Dr. Andreas Pinkwart hat jetzt den Launch des Kommunalen Warn- und Informationsdienstes angekündigt. Damit wird eine Idee der NRW-Koalition umgesetzt. Florian Braun, der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, erklärt dazu:

„Je digitaler unsere Welt wird, desto wichtiger wird auch der Schutz unserer Systeme vor Cyberkriminalität. Wir wollen das Niveau der IT-Sicherheit in Nordrhein-Westfalen erhöhen. Angriffe nehmen qualitativ und quantitativ zu. Gerade kleinere Kommunen brauchen mehr Unterstützung, um ihre Informationssysteme zu schützen. Durch die zunehmende Digitalisierung der Verwaltung brauchen Sie ein Mehr an Schutz, um die Sicherheit sensibler Daten auch weiterhin gewährleisten zu können. Deshalb haben wir uns als NRW-Koalition

Florian Braun zur Einrichtung des Kommunalen Warn- und Informationsdienstes

aus CDU und FDP mit einem Antrag im vergangenen Jahr für ein zentral koordiniertes Cybersicherheitssystem für unsere Kommunen stark gemacht.

Daher begrüßen wir es, dass der zuständige Minister diesem Ansinnen jetzt nachgekommen ist und einen Kommunalen Warn- und Informationsdienst (KWID) startet, der die Städte und Gemeinden in Sachen Datensicherheit unterstützen wird.“ ■

Impfmonitor

Im Kreis Heinsberg haben 182.585 Personen ihre Erstimpfung erhalten, 185.489 die Folgeimpfung und bereits 141.667 eine Auffrischungsimpfung. (Stand: 14.02.2022 Quelle: coronaimpfung.nrw)

NEUE FÖRDERRUNDE

Inklusionsscheck NRW

Die CDU-Landtagsabgeordneten des Kreises Heinsberg, Bernd Krückel und Thomas Schnelle weisen darauf hin, dass seit dem 1. Februar wieder Anträge auf einen Inklusionsscheck gestellt werden können.

Die Landesregierung fördert Aktionen von Vereinen und Initiativen für Menschen mit und ohne Behinderungen mit einer Pauschale von 2.000 Euro.

„Wir empfehlen allen Interessierten im Kreis Heinsberg frühzeitig einen Antrag zu stellen: Insgesamt 600.000 Euro stellt das Land für das Programm zur Verfügung. Auch wer zum Beispiel ein inklusives Straßenfest im Sommer plant, sollte sich daher jetzt schon die Förderung sichern“, so Bernd Krückel und Thomas Schnelle.

Der Inklusionsscheck NRW zielt auf lokale Maßnahmen für ein besseres Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen. Gefördert werden können zum Beispiel Feste, Schulungen, Ausstellungen und Publikationen aller Art. Ein wichtiges Ziel ist die Herstellung von Barrierefreiheit. Daher wird auch die Anschaffung von mobilen Rampen oder der Einsatz von Gebärdendolmetschern finanziell unterstützt.

Die Antragstellung läuft über eine Internetseite. Informationen zum Inklusionsscheck sowie ein Link zur Antragstellung sind zu finden unter der Adresse: www.mags.nrw/inklusionsscheck ■



Thomas Schnelle und Bernd Krückel mit Ministerpräsident Hendrik Wüst (Mitte).

Neue Corona-schutzverordnung in NRW

Die Landesregierung setzte die von Bund und Ländern am 16. Februar 2022 beschlossene Öffnungsperspektive in einer neuen Fassung der Coronaschutzverordnung unverzüglich um. Die neuen Regelungen traten am 19. Februar 2022 in Nordrhein-Westfalen in Kraft.

[Link zum WDR-Fernsehbeitrag](#)

- WEGFALL VON ZUGANGSBESCHRÄNKUNGEN IM EINZELHANDEL
- AUFHEBUNG VON KONTAKTBESCHRÄNKUNGEN FÜR IMMUNISIERTE
- LOCKERUNG DER ZUGANGSREGELN VON 2G AUF 3G ODER WEGFALL 3G
- PUBLIKUMSMESSEN
- REDUZIERUNG DER MASKENPFLICHT IM FREIEN

STARKE INNENSTÄDTE

Nahezu 1 Mio. Euro für die Stadtzentren

Das neue Jahr beginnt mit guten Nachrichten: Die NRW-Koalition stärkt mit noch einmal fast 25 Millionen Euro die Innenstädte und Zentren in Nordrhein-Westfalen. Das Land unterstützt mit dem Geld Kommunen dabei, Leerstände zu füllen, gezielter zu verhandeln oder neue Innenstadt-Allianzen zu schmieden.

966.930,00 Euro aus diesen Fördergeldern fließen auch in die Innenstädte im Kreis Heinsberg. Die Projektumsetzung kann sofort starten. Dazu erklären Bernd Krückel und Thomas Schnelle, die CDU-Landtagsabgeordneten des Kreises Heinsberg:

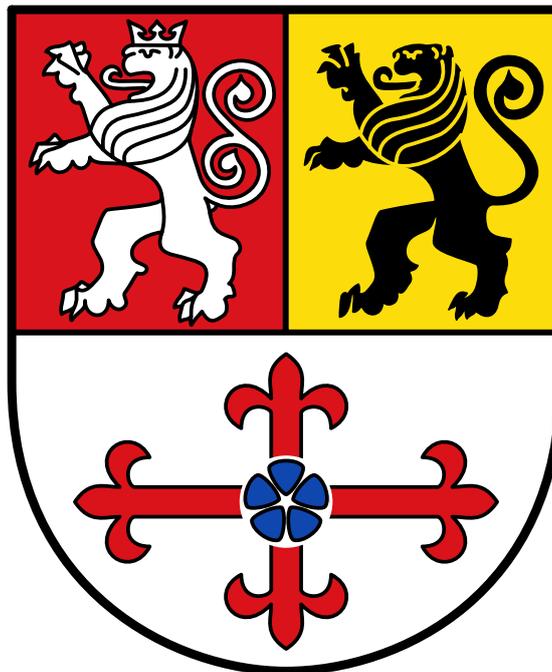
„Unsere Innenstädte sind Wirtschafts-, Wohn- und Lebensraum und sollen es bleiben. Die City ist nicht nur Aushängeschild einer Gemeinde, sondern auch ein Ort der Begegnung für die Menschen. Wir müssen die Zentren lebendig halten, denn von starken Zentren profitieren alle im Kreis Heinsberg.

Corona hat vor allem den Einzelhandel in unseren Städten stark getroffen und die Konkurrenz mit den großen Onlineanbietern drastisch verschärft. Das Förderprogramm ist deshalb für unsere Händlerinnen und Händler, aber auch die Bürgerinnen und Bürger ein Lichtblick.

Die bereits dritte Programmphase seit 2020 zeigt zudem den Bedarf

vor Ort. Mit dem Sofortprogramm werden nunmehr insgesamt über 200 Kommunen mit rund 95 Millionen Euro Landesförderung unterstützt. Mit dem Fördergeld ist die NRW-Koalition den Kommunen eine Stütze in der Pandemie und greift ihnen vor Ort unter die Arme.

Vom dritten Programmaufruf des Sofortprogramms profitieren nun die Städte Erkelenz, Heinsberg



und Übach-Palenberg, nachdem bei den vorherigen Bewilligungen bereits weitere Städte im Kreis berücksichtigt wurden.

In Erkelenz wird die Innenstadt mit insgesamt 132.750,00 € gestärkt. 300.000,00 € fließen nach Heinsberg, damit den coronabedingten Folgen im Zentrum entgegenge wirkt werden kann. Die Innenstäd-

te von Übach und Palenberg profitieren von jeweils 304.590,00 € und 229.590,00 € für die Zukunft der Zentren.

Nutzen können die Städte die Mittel für die Anmietung von Ladenlokalen, den Zwischenerwerb von leerstehenden Immobilien sowie Expertisen, Beratungen und Moderationsprozesse im Zusammenhang mit der Reaktivierung von Einzelhandelsgroßimmobilien oder den Aufbau eines Zentrenmanagements.

Darüber hinaus wurden die Fördertatbestände im Vergleich zu früheren Programmaufrufen erweitert. Neu ist beispielsweise die Förderung von Umbaupauschalen bei der Anmietung von Ladenlokalen oder die Schaffung von mehr Innenstadtqualität durch das Aufstellen von Stadtbäumen. Anfang 2022 wird es noch einmal die Möglichkeit geben, weitere Anträge zur Qualität der Innenstädte, insbesondere zur Begrünung, zu stellen.

Wir sind sicher: Unsere Innenstädte haben eine lebendige Zukunft vor sich – aber unsere Entscheiderinnen und Entscheider vor Ort brauchen jetzt die Handlungsfreiheit, um auf Entwicklungen zu reagieren und Neues zu wagen. Wir sind froh, dass die NRW-Koalition wieder einmal die kommunale Familie mit ihren aktuellen Herausforderungen und auch Sorgen fest im Blick hat.“ ■

NRW WIRD SICHERER

Es macht einen Unterschied, wer regiert!

Die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2021 wurde von Innenminister Herbert Reul veröffentlicht und zeigt: Unser Land ist so sicher wie seit 40 Jahren nicht mehr! Warum gerade die Straßenkriminalität in NRW so stark zurückgegangen ist und worüber die Polizeiliche Kriminalstatistik keinen Aufschluss gibt, lesen Sie hier.

Zum sechsten Mal in Folge ist die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen gesunken. Mit insgesamt minus 1,2 Prozent sind die Fallzahlen so niedrig wie zuletzt im Jahr 1985. Im Vergleich zu 2016 haben wir mehr als eine Viertel Million Straftaten weniger. Das Minus an Straftaten bedeutet ein Plus an Sicherheit.

Mehrere Deliktsbereiche haben Tiefststände erreicht:

- Die Fallzahlen des Wohnungseinbruchdiebstahls sind weiter gesunken - um 25 Prozent im Vergleich zu 2020. Mit 18.576 Fällen ist das der niedrigste Wert seit mehr als 40 Jahren. Zum Vergleich: Noch 2015 hatte es 62.362 Einbrüche gegeben - demgegenüber bedeuten die Zahlen von 2021 einen Rückgang von mehr als 70 Prozent.
- Mit 308 Mord- und Totschlagsfällen ist ein Zehn-Jahres-Tief

erreicht und im Vergleich zu 2020 ein Minus von 17,2 Prozent.

- 2021 wurden 273.267 Fälle von Straßenkriminalität registriert, ein Minus von sechs Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Weniger Straßenkriminalität gab es seit 1990 nicht.
- In 2021 wurden 8.242 Fälle im Deliktsbereich Raub erfasst. Das ist die niedrigste Fallzahl seit 1988.

Zuwächse wurden in den Bereichen Kinderpornographie (plus 137,2 Prozent), sexueller Missbrauch von Kindern (plus 23,2 Pro-

zent) und Cybercrime (plus 24,0 Prozent) verzeichnet.

Nordrhein-Westfalen ist somit so sicher wie vor 40 Jahren. Die bekanntgewordenen Straftaten sind auf dem Niveau von 1985, die Einbruchdelikte auf einem 40-Jahres-Tief und die Straßenkriminalität auf dem Niveau von 1990. Mehr als eine Viertelmillionen bekanntgewordene Straftaten seit 2016 weniger sprechen für die hervorragende Arbeit unserer nordrhein-westfälischen Polizei, den Kurswechsel der NRW-Koalition und die klare Schwerpunktsetzung auf den Bereich der Innenpolitik.



Erfolgreiche Festnahme. (Symbolbild der CDU)

Auch im Kreis Heinsberg ist die hohe Sicherheit spürbar geworden: 13.310 Delikte verzeichnete die Polizei vergangenes Jahr, das sind fast 1.000 weniger als noch 2020. Enorm zurückgegangen sind die Wohnungseinbrüche, von denen im Jahr 2021 nur noch 213 gemeldet wurden, während wir im Vorjahr noch 361 zu verzeichnen hatten. Auch die Aufklärungsquote konnte die Kreispolizeibehörde Heinsberg steigern.

So gute Arbeit kann unsere Polizei nur leisten, wenn sie den Rückhalt der Politik hat. Genau das ist seit 2017 in Nordrhein-Westfalen der Fall. 29 Wahlversprechen hat die NRW-Koalition alleine im Bereich der Innenpolitik seit 2017 eingelöst bzw. sogar übertroffen:

- Erhöhung der Einstellungszahlen von 2000 auf aktuell 2660,
- 2000 neue Stellen für Polizeiverwaltungsassistenten zur Entlastung unserer Polizisten,
- bessere Ausstattung,
- digitales Arbeiten im Streifenwagen,
- ein gemeinsames digitales Büro für die Kriminalpolizei,
- größere Streifenwagen,
- mehr Befugnisse,
- Stärkung der kommunalen Ordnungsdienste und
- Abschaffung der Kennzeichnungspflicht

zeigen, dass unsere Uniformträger in NRW Wertschätzung und vor allem politischen Rückhalt genießen. Wir stehen an der Seite derer, die sich täglich mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben für unsere Verfassung, unsere Freiheit und unsere Sicherheit einsetzen.



Polizeibeamte auf Streife. (Symbolbild der CDU)

„Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) gibt uns auch Aufschluss über notwendige Maßnahmen bei uns im Kreis Heinsberg. Eine verbreitete Straftat bei uns im grenznahen Raum ist die Geldautomatensprengung. Die PKS 2021 zeigt zwar auch hier einen leichten Rückgang, allerdings sehen wir im laufenden Jahr mit bisher 38 Fällen bereits einen enormen Zuwachs in den ersten zwei Monaten. Hier müssen wir handeln, auch wenn diese Straftaten enorm schwierig zu vereiteln und zu verfolgen sind“, so Bernd Krückel.

Thomas Schnelle dazu: *„Bei allem begründetem Stolz über diese neue Sicherheit in unserem Land: Als ehemaliger Kriminalbeamter weiß ich, dass die Daten der PKS auch zu Fehlschlüssen führen können. Die stark gestiegenen Zahlen im Bereich Kindesmissbrauch liegen beispielsweise nicht etwa an einer stark gestiegenen Kriminalität,*

sondern daran, dass die Landesregierung seit Beginn der Legislaturperiode bemerkenswerte Arbeit geleistet hat, um das Dunkelfeld auszuleuchten.

Ähnlich verhält sich das bei anderen Kriminalitätsbereichen. Die Null-Toleranz-Strategie und das rigorose Vorgehen von NRW-Innenminister Herbert Reul gegen Clankriminalität führt zur Aufdeckung von Verbrechen, die bisher schlicht nicht in die Statistik gelangten, da sich die Rot-Grüne Vorgängerregierung nicht darum gekümmert hat.

Ebenso wissen wir, dass der Rückgang der Straßenkriminalität auf die Maßnahmen während der Corona-Pandemie zurückzuführen ist. Alles in allem bildet die PKS dennoch eine deutliche Wahrheit ab: NRW ist sicherer geworden, und mit uns wird es das auch bleiben.“ ■

BUNDESVERSAMMLUNG

Heinsberger Delegierte wählen den Bundespräsidenten

Die Wahl des Bundespräsidenten in der 17. Bundesversammlung fand Corona-bedingt unter schwierigen Bedingungen statt. Um die Schutzvorschriften, insbesondere die Abstände, einhalten zu können, konnte die Bundesversammlung nicht im Reichstag stattfinden. Im angrenzenden Paul-Löbe-Haus fanden die Delegierten in insgesamt 17 Sitzungsräumen Platz.

Ohne eine Vorstellung der Kandidaten Steinmeier, Trabert, Gebauer und Otte eröffnete Bundestagspräsidentin Bärbel Bas den ersten Wahlgang. Die 1.472 Delegierten wurden namentlich aufgerufen

und gaben ihre Stimme in Wahlkabinen ab. Mit 1.045 Stimmen entfiel auf Amtsinhaber Frank-Walter Steinmeier die deutliche Mehrheit. Der Linke Gerard Trabert kam bei der Wahl auf 96 Stimmen, Stefanie Gebauer von den Freien Wählern 58 Stimmen und der von der AfD nominierte Max Otte auf 140 Stimmen – womit er weniger Stimmen erhielt als Wahlleute der AfD delegiert waren.

In einer bemerkenswerten Antrittsrede ging der Bundespräsident mit dem russischen Präsidenten Putin hart ins Gericht: „Wir sind inmitten der Gefahr eines militärischen Konflikts – eines Krieges in

Europa und dafür trägt Russland die Verantwortung.“

Von vielen Delegierten der CDU war zu hören, dass man sich so deutliche Worte vom Bundeskanzler oder der Außenministerin wünschen würde.

Die drei Heinsberger CDU-Wahlkreisabgeordneten Wilfried Oellers, Bernd Krückel und Thomas Schnelle nutzten die Bundesversammlung für zahlreiche Gespräche, so zum Beispiel mit dem neuen CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz oder dem Nordrhein-Westfälischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst (siehe Titel). ■



Wilfried Oellers, Friedrich Merz, Bernd Krückel und Thomas Schnelle bei der Bundesversammlung.